

## 9. Kommunalkongress der Bertelsmann Stiftung: „StadtLandBund – Finanzbasis stärken, Spielräume schaffen“

Berlin, 16./17. März 2015

### Ziele definieren und Transparenz wollen

Kein Zweifel am Status der kommunalen Selbstverwaltung. Allerdings über das Wegesystem, wie die Finanzbasis der Städte und Gemeinden zu stärken sei. Wie notwendige Spielräume für das eigenständige Handeln auch künftig gewährleistet werden könnten, darüber gingen die Meinungen weit auseinander. „StadtLandBund“ wählte die Bertelsmann Stiftung bewusst in dieser Reihenfolge als Überschrift für den 9. Kommunalkongress 2015 am 16. und 17. März in Berlin. Das Thema Finanzen zog. Mit rund 550 Teilnehmern war der Kongress ausgebucht.

Dass die Kommunen eine solide Finanzausstattung als Grundvoraussetzung für kommunale Handlungsfähigkeit benötigen und der Stellenwert der Kommunen nicht hoch genug einzuschätzen sei, daran ließ Dr. Brigitte Mohn, Vorstand der Bertelsmann Stiftung, zum Auftakt der Veranstaltung keine Zweifel aufkommen. „Wir brauchen und unterstützen den Dialog für ein gutes Gelingen“, sagte Mohn. Nicht zuletzt solle es aber auch Spaß machen auf diesem Kongress von anderen zu lernen und neue Ideen zu bekommen. „Überall wächst Ungleichheit“, erklärte Aart De Geus und das „ist für alle Kommunen ein Thema“. Der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung hielt es deshalb für den richtigen Moment, sich aktuell intensiv über das Thema Kommunalfinanzen auszutauschen, zu sehen, wie es die anderen machen und auf dieser Basis möglichst viele neue Kontakte zu knüpfen.

Ausreichend Zündstoff für eine Diskussion lieferten die 19 Referenten aus dem kommunalen Sektor, der Bundes- und Landespolitik, Unternehmen, der Wissenschaft sowie der Bertelsmann Stiftung. Das Themenspektrum reichte über eine Standortbestimmung der Kommunalfinanzen heute, die Soziallasten als Ursache drückender Schuldenlast, neue wie alte Herausforderungen im föderalen Finanzausgleich und der Blick in die Privatwirtschaft unter dem Aspekt der Unternehmenssteuerung mit möglichen Lerninhalten für die kommunale Welt.

Dr. René Geißler, Projektmanager kommunale Finanzen im Programm LebensWerte Kommune der Bertelsmann Stiftung, hatte sich die Ausgaben- (Finanzierungssalden und Kassenkredite) wie die Einnahmeseite (Gemeindesteuern) von rund 400 Kommunen (Kreise und kreisfreie Städte) in Deutschland über einen sechsjährigen Zeitraum (2008 bis 2013) genauer angeschaut. Die ausgewählte Phase zeigte deutlich die Ungleichheiten, die das konjunkturelle Auf und Ab in der kommunalen Finanzlandschaft hinterlassen und wie insbesondere die Finanz- und Bankenkrise 2008 die Strukturprobleme verschärft hat. Mit den Worten René Geißlers, „da hilft die beste Konjunktur nichts mehr“.

Ursachen dieser Ungleichheiten führte der Finanzexperte auf den breiten Leistungskatalog der „kommunalen Sozialausgaben“ zurück. Die „ungebremste Dynamik“ der Bruttoausgaben in Milliardenhöhe belasteten nach wie vor die Kommunalhaushalte. Die Leistungen, historisch gewachsen, sind gleichermaßen komplex, kompliziert und in der Struktur wie auch in der Finanzierung durch eine heterogene Trägerschaft geprägt.

„Eine Entlastung für die Kommunen gibt es nur dann, wenn die Ausgabendynamik gebremst wird“, so Uwe Lübking, Beigeordneter beim Deutschen Städte- und Gemeindebund in Berlin zum Thema Sozialausgaben. Wenn der Bund höhere monetäre Leistungen erbringe, wolle er auch stärker mitreden. Prof. Dr. Joachim Wieland, Lehrstuhl für Öffentliches Finanzrecht an der Universität in Speyer, sah an diesem Punkt die kommunale Selbstverwaltung in Bezug auf Handlungsspielräume in Gefahr.

Stichwort Länderfinanzausgleich. Laut Werner Gatzler, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium soll es im Juni „belastbare Eckpunkte“ zur aktuellen Diskussion um die Zukunft des Solidarpakts geben. Zu grundlegenden Änderungen im Länderfinanzausgleich sagte er eindeutig „Nein“. Der habe sich bewährt und sei so schlecht nicht.

Wie schnell und kompliziert es weiter ins Detail gehen kann, zeigten die Diskussionen um die Neujustierung von Steueranteilen an der Umsatz- oder Einkommensteuer. Auch Prof. Hans-Günter Henneke, als prominenter Vertreter des Deutschen Landkreistages, wollte den Länderfinanzausgleich nicht schlechter reden als er ist. „Es muss der Spagat gemeistert werden, ein vernünftiges Einnahmesystem zu schaffen, das gleichzeitig aufgabengerecht und anreizorientiert wirkt“, so Henneke. An diesem Punkte sagte Dr. Thomas Lenk, Direktor des Instituts für öffentliche Finanzen, „einen intensiver werdenden Streit“ voraus. Denn die Einkommensteuer als höchste Einkommensquelle sei in Deutschland nicht einheitlich, weil in Bayern das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stärker wachse als in Brandenburg und die „Spreizung“ zunehmen werde.

Das Problem „Geberländer“ kontra „Nehmerländer“ ließ sich direkt am Podiumstisch in der Diskussion zwischen Volker Ratzmann, Leiter der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin und Daniela Trochowski, Staatssekretär im Brandenburger Finanzministerium in Potsdam verfolgen. „Zur Solidarität fühlen sich alle verpflichtet“, sagte Ratzmann. „Was die Ausgabenseite betrifft, sind die Länder autonom“, erklärte Staatssekretärin Trochowski. Es gebe keinen Bund-Länder-Streit, sondern Streit zwischen den Ländern, bemerkte Thomas Lenk. „Es gibt keinen Punkt, wo sich die Länder einig sind. Der Bund soll alles bezahlen.“ Für Dr. Kirsten Witte, Leiterin Programm LebensWerte Kommune, blieb nach wie vor die Antwort auf die Altschuldenfrage der Kommunen ungelöst und damit weiter on Top künftiger Diskussionen.

Schulden abzubauen, ist dennoch nicht unmöglich. Für diesen Part stand Dr. Michael Lübbersmann, seit 2011 Landrat im Kreis Osnabrück Pate. „Steuerung muss vom Kopf her kommen, man muss es wollen“, erklärte der Landrat in Berlin. Sein Erfolgsrezept: Eine kritische Etatbewertung, die jährlich auf den Prüfstand kommt. Insofern befand sich Lübbersmann in guter Gesellschaft mit Udo Müller, Mitgründer und Vorstandsvorsitzender der Ströer Media in Köln, der sich in der Strategie seines Unternehmens unmissverständlich für eine „klare Zielsetzung“ aussprach. „Vom Ergebnis her denken und den Prozess anpassen“, so Müller. Henning Borek, Inhaber der Unternehmensgruppe Borek Media in Braunschweig, schloss sich dieser

Grundphilosophie an. Als Beispiel führte er nicht sein Unternehmen, sondern die Stadt Braunschweig an. Dessen damaliger Oberbürgermeister schaffte es, die hochverschuldete Stadt wieder zu konsolidieren. Um dieses Ziel zu erreichen, seien vonseiten der Stadtverwaltung klare Ziele, deutlich formuliert und vor allen Dingen den Bürgern transparent gemacht worden, erklärte Borek. Die Unternehmen seien in der Zufriedenheit genauso abhängig von ihren Kunden, wie die Kommunen von ihren Bürgern. „Transparenz ist in dem Zusammenspiel ganz wichtig“, unterstrich Henning Borek. Der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Marcel Philipp, setzt neben Kennzahlen zur Bewertung künftiger Strategien stark auf Dialog, wenn es um Bürger- und Mitarbeiterzufriedenheit geht. „Ich bin im Vorteil“, warf Wolfgang Hölker ein, Geschäftsführer Coppenrath Verlag in Münster, „an meinem Stuhl sägt keiner“. Deshalb könne er auch Menschen beschäftigen, die besser seien als er selbst. Motivation und Förderung stellte er in den Vordergrund erfolgreicher Unternehmenssteuerung. „Man muss die Menschen mitnehmen“, das war auch die Meinung des Dresdner Oberbürgermeisters Burkhard Jung, „die Mitarbeiter sind besser als ihr Ruf“.

Wer über das Podium hinaus weiteren Informations- und Gesprächsbedarf verspürte, konnte aus insgesamt zehn Fachforen auswählen. Hier gab es klare Favoriten:

- Kommunale Infrastrukturkosten und Demografie
- Was machen europäische Kommunen anders? (Zu dieser Thematik wurde den Kongressteilnehmern eine Studie der Bertelsmann Stiftung ausgehändigt)
- Die Finanzaufsicht – Partner der lokalen Haushaltspolitik?
- Erfolgsbedingungen für eine wirksame KiTa-Finanzierung
- Kein Geld und doch kommunal aktiv?! Finanzierungs- und Gestaltungsalternativen in einer Bürgerkommune
- Der Fall Detroit – Ursachen und Folgen eines historischen Niedergangs
- Finanzierbare Wege für gelingendes Aufwachsen
- Wirkungsorientiertes Investieren mit privatem Kapital
- Zivilgesellschaft in Zeiten knapper Kassen – Partner oder Lückenbüsser?
- EPSAS – wichtiger Beitrag zur Verbesserung kommunaler Steuerung oder Hybris der EU?